



Inhalt

Internationaler Tag des Ehrenamts
[Silberbach: Ehrenamt ist Ehrensache](#)

Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung
[Der Weg zu einer wirklich inklusiven Gesellschaft ist noch weit](#)

Bundesrat beschließt Novelle
[Gute Ansätze: Berufsbildungsgesetz wird modernisiert](#)

dbb jugend
[Jugendstrategie „mit Leben füllen“](#)

dbb jugend
[Jugendverbände übergeben Europavision an Bundesregierung](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern
[Justizminister unterstützt BBB-Initiative gegen Gewalt](#)

Baden-Württemberg
[Amtsangemessene Besoldung: Ansprüche sichern](#)

Rheinland-Pfalz
[Öffentlicher Dienst muss konkurrenzfähig bleiben](#)

dbb Lehrerverbände
[PISA: Leistungen deutscher Schülerinnen und Schüler sind durchschnittlich](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)
[Ohne intelligente Kontrollen keine wirksame innere Sicherheit](#)

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)
[„Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland“ gegründet](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Internationaler Tag des Ehrenamts **Silberbach: Ehrenamt ist Ehrensache**

„Ehrenamt ist Ehrensache – und das muss es auch bleiben“, forderte dbb Chef Ulrich Silberbach anlässlich des Internationalen Tags des Ehrenamts am 5. Dezember 2019.

„Die 16 Millionen Menschen jeden Alters, die in unserem Land Tag für Tag in Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften Organisationen und Einrichtungen Freiwilligenarbeit für andere leisten, verdienen allergrößten Dank und Respekt, zumal sie sich in ihrem Ehrenamt nicht selten auch selbst in Gefahr begeben – etwa die vielen freiwilligen Feuerwehrleute, die Helferinnen und Helfer in den Katastrophenschutz-Einrichtungen, die Lebensretterinnen und -retter von der DLRG und Tausende andere mehr“, betonte der dbb Bundesvorsitzende am 5. Dezember 2019 in Berlin.

Ohne die Freiwilligen sähe die soziale Realität in vielen Bereichen düster aus, machte Silberbach deutlich und erteilte Ideen, das funktionierende Ehrenamt als Alibi für das Abschmelzen staatlicher Leistungen zu missbrauchen, eine deutliche Absage: „Im Ehrenamt findet der Staat eine wesentliche Stütze. Die rund fünf Milliarden Stunden, die da jedes Jahr geleistet werden, entlasten ihn natürlich. Aber Ehrenamt ist Ehrensache – und das muss es auch bleiben! Der Staat muss dafür sorgen, dass die überwiegend ehrenamtlich organisierten Einrichtungen und Organisationen, die sich nicht aus eigener wirtschaftlicher Kraft tragen können, ausreichend finanzielle Mittel und Planungssicherheit haben“, so Silberbach. Mit Blick auf die aktuelle Diskussion um die Aberkennung der Gemeinnützigkeit einiger Verbände und Organisationen mahnte der dbb Chef: „Bei der An- und Aberkennung der Gemeinnützigkeit muss bitteschön ganz genau hingesehen werden, wem da gegeben oder genommen wird. Eine pauschale Unterteilung in Gut und Böse wird der Vielfalt des ehrenamtlichen Engagements sicher nicht gerecht.“

Wichtig sei vor allem, das Standing der Freiwilligen auch strukturell zu stärken, verlangte Silberbach. „Berufstätige müssen sich darauf verlassen können, dass das Recht auf ihrer Seite ist, wenn sie sich in den Dienst des Gemeinwohls stellen. Wenn ehrenamtliche Einsatzkräfte und Helfer sich auf Arbeit immer erstmal schief angucken lassen und diskutieren müssen, ob sie jetzt losdürfen oder nicht, ist das das Gegenteil von Rückendeckung. Die Wertschätzung des Ehrenamts sollte für alle Arbeitgeber und Dienstherrn Ehrensache sein!“ Ehrenamtliches Engagement und die durch das Ehrenamt erworbenen Fähigkeiten sollten bei der Einstellung und im Beruf ausdrücklich anerkannt werden und im öffentlichen Dienst auch beurteilungsrelevant sein. Zudem müsste es mehr bezahlten Sonderurlaub für ehrenamtliche Tätigkeiten geben, und „die Bundesregierung sollte endlich ihr im Koalitionsvertrag angekündigtes Gesetz mit mehr steuerliche Anreize für die Freiwilligenarbeit vorlegen“, formulierte der dbb Chef die Forderungen des dbb. „Diese Maßnahmen wären wichtige und vor allem greifbare Signale der Anerkennung fürs Ehrenamt.“

Mit dem Internationalen Tag des Ehrenamts würdigen die Vereinten Nationen (UN) seit 1985 in jedem Jahr am 5. Dezember das ehrenamtliche Engagement weltweit. In Deutschland gab es 2018 laut der Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalyse (AWA) in Deutschland 15,98 Millionen Freiwillige, die unentgeltlich bei Organisationen, Initiativen, Vereinen und Einrichtungen arbeiten.

Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung **Der Weg zu einer wirklich inklusiven Gesellschaft ist noch weit**

„Zwischen den gesetzlichen Regelungen einerseits und der konkreten Umsetzung der Inklusion vor Ort klafft leider immer noch zu oft eine unübersehbare Lücke“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderung am 3. Dezember 2019.

In den letzten Jahren sei zwar Bewegung in die Politik für Menschen mit Behinderung gekommen. Bezogen auf das stufenweise Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes „befinden wir uns aber beispielsweise erst auf halber Strecke“. Und die anstehende Novellierung der Versorgungsmedizin-Verordnung sorgt schon jetzt für Verunsicherung bei Betroffenen und Schwerbehindertenvertretungen. Silberbach: „Das alles praxistauglich zu gestalten, heißt, dicke Bretter zu bohren.“

Vor allem wäre es naiv, darauf zu vertrauen, so der dbb Chef, dass mit den Vorgaben des Gesetzgebers nur Verbesserungen verbunden sind und sein werden. „Wir müssen vielmehr aktiv zum Erfolg der Maßnahmen und Regelungen beitragen. Deshalb begleitet die dbb Arbeitsgruppe Behindertenpolitik die laufenden und noch anstehenden Reformen. Außerdem bringt sich der dbb im neu gegründeten ‚Bundesnetzwerk Schwerbehindertenvertretungen‘ (BNW SBV) sowie den Werkstattgesprächen zur Reform der versorgungsmedizinischen

Grundsätze ein“, so Silberbach. Darüber hinaus finde am 28. und 29. April 2020 das mittlerweile 5. dbb Forum Behindertenpolitik statt, in dem Wissenschaft, Politik und vor allem Betroffene miteinander ins Gespräch kommen und sich über die anstehenden Reformen in der Behindertenpolitik austauschen können.

Der Vorsitzende des dbb Landesbundes in Thüringen Helmut Liebermann ergänzte: „Alle Bürgerinnen und Bürger müssen im Rahmen der uneingeschränkten Gleichstellung befähigt werden, ihr Leben selbstbestimmt nach den eigenen Vorstellungen und Wünschen führen zu können. Der öffentliche Dienst muss hier in allen Bereichen und auf allen Ebenen vorbildhaft vorangehen.“ Vor allem stelle die fortschreitende Digitalisierung ganz neue Anforderungen an behindertengerechte Lösungen. Neuere Entwicklungen wie die elektronische Akte und die Nutzung von mobilen Endgeräten würden allgemein ein großes Plus an Effizienz bringen, für eingeschränkte Nutzer ergäben sich dadurch aber völlig neue Herausforderungen.

Bundesrat beschließt Novelle **Gute Ansätze: Berufsbildungsgesetz wird modernisiert**

Nach der Beratung im Bundesrat ist die Gesetzesnovelle zur Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung beschlossen. Darin finden sich gute Ansätze, findet dbb Vize Jürgen Böhm.

„Wir unterstützen grundsätzlich alle Bemühungen, die darauf abzielen, die berufliche Bildung zu stärken. Wir stehen auch für die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung“, betonte Böhm nach dem Beschluss des Bundesrats zur Novelle des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) am 29. November 2019 in Berlin. „Ob aber die neuen Abschlussbezeichnungen – insbesondere ‚Bachelor Professional‘ und ‚Master Professional‘ – der richtige Weg sind, versehen wir mit einem Fragezeichen.“ Denn zum einen werde die starke Anlehnung an die Abschlussbezeichnungen der akademischen Bildung für Verwirrung sorgen und zum anderen sei damit keine größere Durchlässigkeit zwischen beiden Systemen verbunden –

obwohl es erklärtes Ziel der Reform war, die Attraktivität der dualen Ausbildung insgesamt zu stärken, sie gegenüber dem Studium wettbewerbsfähiger zu machen und so dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Künftig heißen die beruflichen Fortbildungsstufen „Geprüfte Berufsspezialistin/Geprüfter Berufsspezialist“, „Bachelor Professional“ und „Master Professional“. Bezeichnungen wie Betriebswirtin, Wirtschaftsfachwirt oder Fachkauffrau entfallen. Meisterinnen und Meister dürfen sich zusätzlich „Bachelor Professional“ nennen. Durch die englischen Bezeichnungen soll die internationale Anschlussfähigkeit gesichert

werden. Weitere Bausteine des Gesetzespakets sind die Mindestvergütung für Auszubildende von zunächst 515 Euro im ersten Lehrjahr. Zudem wird es leichter, Ausbildungen in Teilzeit zu absolvieren.

Auch die Bundesvorsitzenden des Bundesverbandes der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB), Joachim Maiß und Eugen Straubinger, begrüßten die Neuregelung: „Das Berufsbildungsmodernisierungsgesetz macht die berufliche Bildung bei potenziellen Auszubildenden und Unternehmen noch attraktiver. Mit der

Wettbewerbssteigerung gelingt es noch besser, junge Menschen und deren soziales Umfeld von dem Dualen System zu überzeugen, damit ausreichend Fachkräfte ausgebildet werden können.“ Insbesondere mit Blick auf die Mindestvergütung sagten sie: „Die Mindestvergütung setzt dort an, wo es keine Tarifbindung gibt. Sie hält Maß und Mitte, schafft Transparenz und steigert die Attraktivität, wo Fachkräftenachwuchs dringend gesucht wird.“ Dennoch blieben die Änderungen insgesamt – bis auf wenige Ausnahmen – weit hinter den Erwartungen und Ansprüchen eines modernen Berufsbildungssystems zurück.

dbb jugend

Jugendstrategie „mit Leben füllen“

Die Bundesregierung hat am 3. Dezember 2019 die erste Jugendstrategie für Deutschland beschlossen. Die dbb jugend fordert: „Jetzt muss diese Jugendstrategie mit Leben gefüllt werden.“

Der Titel der Strategie lautet „In gemeinsamer Verantwortung: Politik für, mit und von Jugend“, und dieser soll nach dem Willen der Bundesregierung auch das Leitprinzip für die künftige Arbeit sein. Das machten Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesjugendministerin Franziska Giffey im Bundeskanzleramt deutlich, wo sie direkt nach dem Kabinettsbeschluss mit über 100 Jugendlichen und jungen Erwachsenen über die Jugendstrategie und weitere jugendrelevante Themen diskutierten.

„Endlich hat die Politik erkannt und verstanden, dass Jugendpolitik eine Querschnittsaufgabe ist“, freute sich die dbb jugend Vorsitzende Karoline Herrmann anlässlich der Präsentation der Jugendstrategie. „Nahverkehr, schnelles Internet, bezahlbare Mieten, Klimaschutz – das sind alles Politikfelder, die im Leben der jungen Generation einen hohen Stellenwert haben. Insofern ist es höchste Zeit, dass Politik die Handlungsbedarfe aus Sicht der jungen Leute nun endlich einmal definiert und konkrete Maßnahmen formuliert, die uns nach vorne bringen“, so Herrmann. „Wichtig ist es, die Jugendstrategie jetzt schnell mit Leben zu füllen, sonst bleibt sie eines der vielen Lippenbekenntnisse, das die Jugend sich zu all den anderen ins Regal stellen kann.“

Der Blick auf die konkreten Ziele der Jugendstrategie belege, dass die dbb jugend zu zahlreichen dort formulierten Punkten schon lange unterwegs und mit ihren dazugehörigen Forderungen durchgedrungen sei, erklärte die dbb jugend Chefin. „Immer wieder betonen wir in unseren Gesprächen mit Ministerinnen und Ministern sowie Abgeordneten, wie wichtig beispielsweise ein bedarfsgerechter Nahverkehr, gute und schnelle Netze und bezahlbarer Wohnraum sind – gerade auch für die jungen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes“, berichtete Herrmann. „Die Jugendstrategie bestätigt und bestärkt uns darin, auch in Zukunft im engen Austausch mit der Politik zu stehen.“

Die Jugendstrategie beschreibt für neun jugendrelevante Handlungsfelder die Ausgangslage, benennt Handlungsbedarfe und führt insgesamt 163 Maßnahmen aller Ressorts auf, die bereits auf den Weg gebracht wurden, die neu ergriffen oder weiterentwickelt werden. Die Handlungsfelder sind Zukunft, Generationendialog & Jugendbilder, Beteiligung, Engagement & Demokratie, Stadt & Land, Wohnen & Kultur, Vielfalt & Teilhabe, Bildung, Arbeit & Freiräume, Mobilität & Digitales, Umwelt, Gesundheit sowie Europa & die Welt.



dbb jugend

Jugendverbände übergeben Europavision an Bundesregierung

Die dbb jugend hat gemeinsam mit den Jugendverbänden, die sich unter dem Dach der Europäischen Bewegung Deutschland (EBD) vereinen, ihre gemeinsame Vision für ein Europa im Jahr 2049 an die Bundesregierung übergeben. Stellvertretend für den dbb war CESI Youth Sprecher Matthäus Fandrejewski vor Ort.

Gemeinsam mit Malte Steuber, dem Bundesvorsitzenden der Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland, diskutierte Fandrejewski stellvertretend für die Autoren der Vision die Themen Bildung, Jugend und Demokratie. „Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie wichtig interkulturelle Begegnungen und Austauschprogramme für die Schaffung einer individuellen europäischen Identität sind“, erklärte Fandrejewski. In ihrer Vision ist es für die Jugendverbände selbstverständlich, dass Erasmus+ von Menschen aller Altersgruppen zum regelmäßigen Austausch genutzt und eine generationsübergreifende Solidarität gelebt wird.

„Im Jahr 2049 ist Europa für uns selbstverständlicher Bestandteil politischer Entscheidungen und prägt unsere Lebensrealität auf allen Ebenen“, skizzierte Fandrejewski die Zukunft. „In der Schule steht Europabildung selbstverständlich in jedem Curriculum. Es gibt keinen Wettbewerb um das billigste Sozialsystem, und es herrschen Parität und Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen.“

Unter dem Motto „Mach’s krasser!“ hatte sich auch die dbb jugend an dem demokratischen Experiment beteiligt und ihre Standpunkte in die Vision eingebracht. Anlässlich des 70. Geburtstag der EBD hatten die Jugendverbände unter ihrem Dach sich in einem intensiven Prozess Gedanken darüber gemacht, wie ihr Europa in 30 Jahren aussehen soll.

Stellvertretend für die Bundesregierung nahm der Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, Michael Roth, die Zukunftsvision im Europäischen Haus in Berlin entgegen. In seiner Replik ging er unmittelbar auf einige Forderungen der Jugendverbände ein, unter anderem die grundsätzlich geforderte tiefere europäische Integration. Roth bestätigte, dass europäische Integration kein „Nullsummenspiel“ sei, in dem nationale Souveränität gegen europäische ausgetauscht werde.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Bayern

Justizminister unterstützt BBB-Initiative gegen Gewalt

Justizministerium und Landeszentrale für neue Medien haben gemeinsam die Initiative „Justiz und Medien - konsequent gegen Hass“ initiiert. Justizminister Georg Eisenreich flankiert damit die Aktion „NE!N zur Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes“ des Bayerischen Beamtensyndikats (BBB).

Der Kampf gegen Hass und Hetze im Netz sei unerlässlicher Bestandteil des Einsatzes gegen Gewalt. „Unser Projekt ist ein wichtiger Schritt, um Hass im Netz erfolgreich zu bekämpfen. Notwendig ist nach meiner Überzeugung auch, dass wir das Beleidigungsstrafrecht anpassen. Es hinkt in manchen Bereichen der Realität hinterher. Das muss sich ändern. Hass und Hetze im Netz müssen härter bestraft werden können. Beleidigungen sind in

der Anonymität des Internets enthemmt, erreichen mehr Menschen und sind praktisch kaum mehr aus der Welt zu bekommen“, so Eisenreich beim BBB Hauptvorstand am 3. Dezember 2019.

Auch müsse noch mehr getan werden, um die Betreiber sozialer Netzwerke stärker in die Pflicht zu nehmen. „Es ist nicht akzeptabel, dass sich global agierende Internet-Konzerne

hinter ihren Firmensitzen und Servern im Ausland verstecken und die Justiz auf Rechtshilfeersuchen an ausländische Behörden verweisen", so der Justizminister. „Meine Erwar-

tungshaltung ist klar: Auskunftersuchen unserer Strafverfolgungsbehörden müssen ohne Wenn und Aber beantwortet werden.“

Baden-Württemberg

Amtsangemessene Besoldung: Ansprüche sichern

Dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) liegen zahlreiche Verfahren zu Fragen der amtsangemessenen Alimentation vor, sowohl was die Ausgestaltung der Grundbesoldung, als auch die Höhe des Familienzuschlags für Beamte mit drei und mehr Kindern betrifft. Der BBW empfiehlt Mitgliedern, die ihre Besoldung bisher noch nicht beanstandet haben, mögliche Ansprüche noch im Haushaltsjahr 2019 eigenverantwortlich zu sichern.

Die entsprechenden Musteranträge/Musterwidersprüche zur amtsangemessenen Alimentation seien aktualisiert worden und können bei den Mitgliedsgewerkschaften und Mitgliedsverbänden des BBW angefordert werden.

Nach wie vor bestünden zudem Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit und Wirksamkeit einzelner Maßnahmen, die mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014 auf den Weg gebracht wurden. Auch hier gelte es zu handeln. Da nicht auszuschließen sei, dass die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG)

zur abgesenkten Eingangsbesoldung auch Auswirkungen auf weitere beamtenbezogene Verschlechterungen haben könnte, weist der BBW vorsorglich auch in diesem Jahr darauf hin, dass mögliche Ansprüche – sofern noch nicht geschehen – noch bis zum 31. Dezember 2019 geltend zu machen wären. Hierfür gibt es ein Musterschreiben „Haushaltsbegleitgesetz BBW Stand 11/2019“, das ebenfalls bei den Mitgliedsgewerkschaften und Mitgliedsverbänden des BBW angefordert werden könne.

Rheinland-Pfalz

Öffentlicher Dienst muss konkurrenzfähig bleiben

„Im verschärften Arbeitgeberwettbewerb um qualifizierte Kräfte wird es für den öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz zunehmend schwerer, sich zu behaupten.“ Darauf hat dbb Landeschefin Lilli Lenz im Gespräch mit der CDU Landtagsfraktion am 3. Dezember 2019 hingewiesen.

„Aus dbb Sicht muss noch stärker daran gearbeitet werden, dass der öffentliche Dienst konkurrenzfähig bleibt und in der weiteren Entwicklung des Arbeitsmarkts nicht abgedrängt wird. Der dbb rheinland-pfalz fordert deshalb mittelfristig mehr Mittel zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes im Land“, so Lenz. Die Gesprächsteilnehmer waren sich einig, dass jede bedarfsorientiert wirksame Maßnahme zur Fachkräftegewinnung und -sicherung eine lohnende Investition in die Zukunft sei.

Christof Reichert, haushaltspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, unterstrich: „Gerne werden wir die vom dbb gestartete Attraktivitätsoffensive unterstützen. Neben den

im monetären Bereich erfolgten und erforderlichen Anpassungen sind insbesondere auch die sogenannten weichen Faktoren zu einem besseren Arbeitsumfeld anzugehen und umzusetzen.“

Die Gesprächspartner sprachen sich zudem vehement gegen Gewalt zulasten öffentlich Bediensteter sowie Angehöriger der Rettungsdienste aus. Die Täter müssten konsequent verfolgt werden. Aufgeschlossen reagierte die CDU-Landtagsfraktion auch auf dbb Anregungen für möglichst anonyme Opferkontaktmöglichkeiten zu einer zentralen Anlaufstelle sowie für den Ausbau interner und externer Hilfsangebote.



dbb Lehrerverbände

PISA: Leistungen deutscher Schülerinnen und Schüler sind durchschnittlich

Lesekompetenz, Mathematik und Naturwissenschaften: In diesen Bereichen werden 15-jährigen Schülerinnen und Schüler bei den PISA-Studien getestet. Bei den aktuellen Daten (von 2018, vorgestellt am 3. Dezember 2019) liegen die Leistungen der deutschen Schülerinnen und Schüler leicht über dem Durchschnitt aller Staaten in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Grundsätzlich freute sich die Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV) Susanne Lin-Klitzing über dieses Ergebnis, mahnte allerdings: „Worauf wir achten müssen: In der Langzeitentwicklung gehen die guten Leistungsergebnisse in der Lesekompetenz, den Naturwissenschaften und Mathematik zurück.“ Sie leitete drei Arbeitsaufträge für die Bildungspolitik ab: Erstens müssten Schulen in sozioökonomisch-schwachem Umfeld besonders gestärkt werden. Zweitens müsste die Politik weitere Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel gerade im MINT-Fächern an weiterführenden Schulen ergreifen. Drittens gelte es, den Blick über die bei PISA getesteten Fähigkeiten hinaus zu schärfen, so etwa die Vermittlung einer humanistisch begründeten Werthaltung.

Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) kritisierte erneut vehement, dass sich laut der Studie der Zusammenhang von Bildungschancen und sozio-ökonomischen Hintergrund weiter verfestigt. „Da es nach wie vor nicht gelingt, den Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischen Hintergrund und Bildungschancen aufzuweichen, wird die Schule zur Sozialfalle.“ Den Reformwillen, den der erste „PSA-Schock“ einst ausgelöst habe, könne er heute nicht mehr erkennen. „Die Kultusministerien wirken zunehmend ratlos, welche Maßnahmen noch helfen könnten. Dabei ist es so einfach wie simpel wie naheliegend: Wir brauchen mehr Personal in Schule und die Unterstützung durch multiprofessionelle Teams, damit wir das Versprechen,

das die Politik der Gesellschaft und insbesondere den Eltern gibt, nämlich die individuelle Förderung aller Kinder, auch wirklich einlösen können.“

Der Bundesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR) und dbb Vize Jürgen Böhm hinterfragte in seiner ersten Stellungnahme die Aussagekraft der PISA-Ergebnisse. „Die scheinbaren Siegerländer wie China glänzen nicht gerade durch demokratische Grundstrukturen. Man muss genau hinschauen. Das ist nicht die Bildung, die wir in Deutschland wollen: Wir wollen nicht gute Leistungen durch Autoritäten erzeugen und die Schüler nicht mit diesem Druck nach Leistung überfrachten. Natürlich wünschen wir uns Spitzenplätze in den Bildungsstudien, aber nicht um jeden Preis. Aufklärung, die Befähigung zu Selbstbestimmung und demokratische Bildungstraditionen müssen die Grundlage zukunftsorientierter Bildung sein.“ Laut Böhm bilde die PISA-Studie auch die unterschiedlichen und mitunter sehr leistungsstarken Schularten und das differenzierte Schulsystem in Deutschland zu wenig ab: „In den Bundesländern mit einem äußeren differenzierten Schulsystem, in dem noch die einzelnen Schularten und Bildungswege ausgeprägt sind, zeigen sich in nationalen Studien und Leistungstests beste Ergebnisse und Spitzenplätze, die letztlich auch für die passablen internationalen Ergebnisse erhalten müssen.“

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Ohne intelligente Kontrollen keine wirksame innere Sicherheit

Die am 4. Dezember 2019 durch Bundesinnenminister Horst Seehofer vorgelegte erste Bilanz der vor 27 Tagen eingeführten verschärften Kontrollen an den deutschen Binnengrenzen zeigen nach Ansicht der DPoIG, wie notwendig die Einführung intelligenter Grenzkontrollen ist.

Der Vorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft Heiko Teggatz: „Ohne Binnengrenzkontrollen kann die innere Sicherheit nicht ausreichend gewährleistet werden. Spät, wenn auch nicht zu spät, ist diese Einsicht im politischen Raum angekommen. Die erfolgreiche und wichtige Arbeit der Bundespolizei mit Grenzkontrollen und verstärkter Schleierfahndung wird mit dieser Zwischenbilanz einmal mehr deutlich. Mehr als gerechtfertigt wird überdies der laufende Personalaufwuchs bei der Bundespolizei, der noch längst nicht abgeschlossen ist. Die Grenzkontrollen haben im Übrigen auch zur Aufdeckung und Bekämpfung von Kriminalität im Allgemeinen geführt. Auch dies werten wir als Erfolg dieser Maßnahmen.“

Für die DPoIG komme es jetzt darauf, die langfristigen Ziele des Grenzschutzes durchzuset-

zen, um auch die Wehrhaftigkeit des Rechtsstaates zu demonstrieren. „Den lückenlosen Schutz der EU-Außengrenzen sowie das Ziel, den Asylstatus von Flüchtlingen bereits an den Außengrenzen der EU festzustellen und zu bescheiden, halten wir für notwendig und richtig. An dieser Stelle hat das Ansinnen des Bundesinnenministers unsere volle Unterstützung“, so der DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt. „Unsere Forderung, sogenannte Hot Spots an den Außengrenzen der EU einzurichten, wo über Asyl entschieden wird, bleibt damit auf der Tagesordnung. Dass die Abstimmung mit den europäischen Partnern ein langwieriger Prozess wird, ist allen Beteiligten klar. Bis die EU-Außengrenzen wirksam geschützt werden können, brauchen wir deshalb die verschärften, intelligenten und engmaschigen Grenzkontrollen.“

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

„Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland“ gegründet

Ökonomische Bildung muss an deutschen Schulen einen höheren Stellenwert erhalten. Das forderte das neugegründete „Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland“, zu dem auch der VDR gehört, am 29. November 2019 in Berlin.

Zu den über 50 Initiatoren zählen neben Lehrkräften und ihren Verbänden auch Organisationen aus Wissenschaft und Wirtschaft. Ziel der Initiative ist es, ökonomische Bildung an weiterführenden Schulen verpflichtend in die Lehrpläne zu integrieren und die fachbezogene Qualifizierung der Lehrkräfte zu verbessern. Zudem wird das Bündnis auf eine stärkere Vernetzung aller relevanten Akteure der ökonomischen Bildung hinarbeiten.

Zahlreiche Studien würden belegen, dass ökonomische Kenntnisse in weiten Teilen der Bevölkerung nicht vorhanden oder nur mangelhaft ausgeprägt sind. Die Schulen griffen diesen Mangel bis dato aber nur sehr begrenzt auf. „Ökonomische Bildung ist im deutschen allgemeinbildenden Schulsystem bisher sehr heterogen verankert und kommt zum Teil nur

in homöopathischer Dosis vor. Viele Jugendliche verlassen die Schule heute ohne eine ökonomische Grundbildung“, sagte Dirk Loerwald, wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Ökonomische Bildung an der Universität Oldenburg (IÖB), das zu den Initiatoren des Bündnis zählt.

„Nur wenn Sinn, Legitimation und Funktionsweise der Wirtschaft eingeordnet werden können, haben Bürger die Möglichkeit, sich als Verbraucher, Arbeitnehmer oder Unternehmer verantwortungsvoll in die Gesellschaft einzubringen. Eine freiheitliche demokratische Grundordnung und eine soziale Marktwirtschaft sind in unserem Land die beiden Seiten derselben Medaille. Wir dürfen keine der beiden Seiten vernachlässigen, indem wir unseren Schülern wichtiges Wissen darüber vorenthalten“, sagte VDR Chef und dbb Vize Jürgen

Böhm. Zur grundständigen Qualifizierung der Lehrkräfte bedürfe es einer Integration der Ausbildung in die jeweiligen Standards der Länder. Nur sach- und fachkundig ausgebildetes Lehrpersonal könne die jungen Menschen

entsprechend unterrichten und die erforderliche Unabhängigkeit von möglicherweise interessengeleiteten Einzelinitiativen gewährleisten.

Namen und Nachrichten

Es gibt ab sofort ein **dbb** SPEZIAL zur Autobahngesellschaft. Die Broschüre enthält alle Tarifverträge und beamtenrechtlichen Regelungen für die zukünftigen Beschäftigten der Autobahn GmbH. Unter anderem werden die Absicherung der Beschäftigten, Überleitung, Entgelt und Eingruppierung, Mantelregelungen und Mitbestimmung behandelt und ausführliche Informationen für Beamtinnen und Beamte zusammengestellt. So erhalten betroffene Kolleginnen und Kollegen eine Sammlung, die ein Stück der Unsicherheit nehmen kann und den Weg aus dem Regelungs-Dschungel weist.

Volker Geyer, dbb Fachvorstand Tarifpolitik, und **Andreas Hemsing**, komba Bundesvorsitzender, haben sich am 26. November 2019 in Berlin mit dem Hauptgeschäftsführer des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Nordrhein-Westfalen (KAV NW) Bernhard Langenbrinck getroffen. Thema war das Tarifjahr 2020, insbesondere die Verhandlungen für den Sozial- und Erziehungsdienstes, für die landesbezirklichen Regelungen im kommunalen Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen (TV-N NW) und die im Herbst beginnende allgemeine Tarifrunde.

Geyer sagte, dass im Hinblick auf einen zukunftsfähigen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) erheblicher Reformbedarf beim TV-N NW anstehe – sowohl mit Blick auf die Entgelte als auch auf die manteltarifvertraglichen Regelungen. Hemsing begrüßte die erzielte Tarifverständigung zur Übernahme kommunaler Kanalnetze in NRW. Zu der Neukonzeption der Verwaltungslehrgänge I und II der kommunalen Studieninstitute für Beschäftigte im Verwaltungsdienst machte er den Vorschlag, hierzu nochmals eine landesspezifische Betrachtung zu Art und Weise der Umsetzung vorzunehmen.

Unter der Leitung von Ursula von der Leyen hat die neue Europäische Kommission am 1. Dezember 2019 ihre Arbeit aufgenommen. Der Vorsitzende der dbb Grundsatzkommission für Europa, **Dietmar Knecht**, sieht bedeutende

Zeiten anbrechen und schwierige Verhandlungen bevorstehen. „In dieser Legislatur Mehrheiten im Europäischen Parlament zu erzielen, wird durch seine neue Zusammensetzung für von der Leyen deutlich schwieriger werden“, analysierte Knecht. „Wir hoffen dennoch, dass die von der Leyen-Kommission die europäische Säule sozialer Rechte als Instrument weiter ausbauen und stärken wird.“ Auf einige Vorhaben der neuen Kommission wolle der dbb ein besonderes Augenmerk legen: „Die Besonderheiten des öffentlichen Dienstes müssen unbedingt gewahrt bleiben. Wir begrüßen Initiativen für eine qualitativ hochwertige, europäisch vernetzte öffentliche Infrastruktur, die allen Bürgerinnen und Bürgern in allen Mitgliedstaaten zugutekommen soll. Das Subsidiaritätsprinzip muss dabei aber unbedingt gewahrt bleiben.“

Am 21. November 2019 haben sich Vertreter des **dbb hamburg** erneut zu einem weiteren Arbeitsgespräch Finanzsenator Andreas Dresel getroffen. Themen waren die Attraktivität der Arbeit in den Bezirksamtern, die Nutzungsmöglichkeiten des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sowie der Umgang mit der „Schuldenbremse“ angesichts kommender Tarifabschlüsse oder Besoldungserhöhungen.

Der BDZ hat sich bei zwei Anhörungen des Finanzausschusses des Deutschen Bundestags im November 2019 für den vehementen Kampf gegen Geldwäsche eingesetzt. Der stellvertretende Bundesvorsitzende **Thomas Liebel** begrüßte dabei die vorgesehene Stärkung der Befugnisse des Zollfahndungsdienstes sowie die geplante Erweiterung der Zugriffsmöglichkeiten der Financial Intelligence Unit (FIU) auf polizeiliche Datenbanken (u.a. auch das Zentrale staatsanwaltschaftliche Verfahrensregister). Außerdem setzte sich Liebel für eine personelle Stärkung des Zollfahndungsdienstes ein.

Kommende Termine:

61. dbb Jahrestagung

„Ideenwerkstatt für den öffentlichen Dienst“

6./7. Januar 2019, Köln

5. Forum Behindertenpolitik

„Bundesteilhabegesetz auf halber Strecke und kein Ende der Reformen“

28./29. April 2019, Berlin
